

Antrag: Bürgerrat Klimaschutz

Mit der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes begibt sich die Stadt nun auf den Weg, der schon lange mit der „Anerkennung einer weltweiten Klimanotlage“, dem Bekenntnis zu einem Klimavorbehalt in städtischen Drucksachen und der Schaffung der Position eines städtischen Klimaschutzmanagers vorbereitet wurde.

Um für ein externes Fachbüro eine qualitativ gute, örtlich erarbeitete Grundlage zu erstellen ist ein Bürgerrat Klimaschutz ein geeignetes Gremium, wie sich aus vergleichbaren Projekten in anderen Kommunen aber auch Ländern in der Vergangenheit gezeigt hat.

Zufällig ausgewählte Teilnehmende bilden das Spektrum der Bevölkerung ab. Durch die Einbeziehung der Bevölkerung ist zu erwarten, dass resultierende Maßnahmen auf eine größere Akzeptanz der Einwohner:innen treffen.

Der Betrag vom 20.000,00 € wird aus dem Posten „Beauftragung eines Ingenieurbüros zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes“ (72.000 €; TH06-PB56-5610, S. 273) gedeckt.

Alternativen:

Ein externes Ingenieurbüro muss sich zu Beginn seiner Arbeit mit großem Aufwand in die örtlichen Gegebenheiten einarbeiten. Hierdurch entsteht ein Zeitverlust und höherer Kostenaufwand.

Sebastian Werkke

Antrag: Hitzeaktionsplan; Fokus auf die Gesundheit der Bevölkerung

Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen wurde bereits beantragt, einen Hitzeaktionsplan zu erstellen. (Antrag Grüne 06, 2022/23)

Hierzu gab es Stellungnahmen vom Referat für Klimaschutz und dem Referat Feuerwehr und Bevölkerungsschutz. Auf Nachfrage im Sommer wurde auf einzelne kleinteilige Aktionen verwiesen. Für einen übergreifenden Aktionsplan müsste aber bspw. die Stadtplanung mit einbezogen werden. Außerdem wäre kein Budget für einen Hitzeaktionsplan beantragt worden.

Da sich der Klimawandel nicht mit Budgetfragen beschäftigt ist es von Jahr zu Jahr dringender, ein kommunales Konzept zur Prävention der Hitzefolgen in der Stadt zu haben.

Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, dass mit externer Moderation die relevanten örtlichen Expert:innen im Bereich Gesundheit, Pflege und Versorgung an einem runden Tisch ein Konzept zum Schutz besonders der gegenüber Hitze besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen auf den Weg bringen.

Mögliche Teilnehmer:innen an einem solchen runden Tisch könnten sein: Ortsärzteschaft, Krankenhaus Leonberg, Anbieter stat. Pflege (z.B. Samariterstiftung) und amb. Pflege (z.B. Sozialstation), Apotheker:innen, geschäftsführende Schulleitung, Stadt seniorenrat, zuständige städt. Referate (s.o.) ...

Der Betrag wird aus dem Posten „Bedarfvorhaltung im Katastrophenfall...“ (270.000 €; TH02-PB12-1280, S. 160) gedeckt.

Alternativen:

Keine, wenn man den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung ernst nimmt.

Sebastian Werbke

Antrag: Einrichtung einer angemessenen Zahl von Schnellladesäulen durch Drittanbieter

Der Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur im urbanen Raum ist für die Akzeptanz der Elektromobilität ein wesentlicher Beitrag.

Die Stadt Leonberg hat bisher lediglich an fünf Standorten Ladesäulen mit je zweimal 22 kW im öffentlichen Raum. Als Vergleich sind in Ludwigsburg bereits 60 Ladepunkte realisiert. Eine weitere Ladesäule soll im Jahr 2024 nach dem Beschluss des Gemeinderats vom 13.6.2023, Drucksache 2023/192, hinzukommen.

Die in dieser Drucksache genannten Prognosen können nicht nachvollzogen werden, z. B. hat die EnBW mobility+ für Städte eine Prognose von 30 Schnellladeeinrichtungen pro 100.000 Einwohnern vorgestellt; damit ergäbe sich für Leonberg ein Bedarf von 15 Schnellladeeinrichtungen. In Leonberg sind solche Anlagen bisher nur für Tesla verfügbar.

Ebenfalls ist aus dieser Drucksache zu entnehmen, dass die Verwaltung beabsichtigt, in den kommenden Jahren die Ladeinfrastruktur auszubauen, ohne den städtischen Haushalt zu belasten.

Anlässlich des Kommunalen-Energietags der EnBW, zu der alle kommunalen Vertreter eingeladen waren, wurde von der EnBW mobility+ solch ein Konzept vorgestellt. Es wäre nur ein potenzieller Anbieter, die Verwaltung könnte sich auch um weitere bemühen.

Das Modell erfordert keinerlei Mittel der Stadt, es werden sogar finanzielle Rückflüsse erwartet.

Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt, dass die Stadtverwaltung baldmöglichst mit den Anbietern, vorzugsweise mit der EnBW mobility+, die Stadtwerke Leonberg sind zu 51% im Besitz der EnBW, Gespräche zur Verbesserung der urbanen Ladeinfrastruktur in Leonberg aufnimmt.

Prof. Ronald Ziegler

Antrag auf Einrichtung eines OnDemand-Pilotprojekts „VVS Rider für Leonberg“

„Mit dem Ziel landesweite Standards sowie einen verlässlichen Nah- und Regionalverkehr zu schaffen, unterstützt das Zukunftsnetzwerk ÖPNV des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg mit Beratungs- und Informationsangeboten, beim Wissenstransfer, der Fördermittelsuche sowie der Erarbeitung einheitlicher Standards.“¹

„Nachdem dieses Jahr der erste VVS-Rider (Bus auf Abruf) in Leinfelden-Echterdingen an den Start gegangen ist, folgen zum Ende des Jahres 2023 zwei weitere: Einer im Mittelbereich Geislingen und einer in Rutesheim und Renningen. Ohne festen Fahrplan bringt er Fahrgäste auf Abruf an ihr Ziel. Als innovatives On-Demand-Angebot ergänzt der VVS-Rider den bestehenden klassischen ÖPNV im VVS. Der VVS-Rider ermöglicht es, ohne festgelegten Fahrplan und ohne lange Wege zur Haltestelle bequem und sicher von A nach B zu kommen.

- Der VVS-Rider wird über die kostenlose VVS-Rider-App oder alternativ telefonisch angefordert.
- Der Kleinbus sammelt alle Fahrgäste ein, die eine ähnliche Fahrtroute haben. Das vermeidet Verkehr, spart Ressourcen und ist somit gut für das Klima.
- In allen VVS-Rider gelten VVS-Tickets. Der Preis richtet sich nach den befahrenen Tarifzonen.“²

Beim sogenannten „VVS-Rider“ übernimmt der Landkreis Böblingen 50%, Rutesheim und Renningen je 25% der Kosten.

Das Pilotprojekt ist zunächst bis Ende 2025 angelegt. In diesem Zeitraum sollen die Fahrgastzahlen regelmäßig evaluiert werden. Dieses Projekt läuft bisher ohne Leonberger Beteiligung, obwohl das IMAX in Leonberg als „Point of Interest“ in die Haltestellen aufgenommen wurde.

Der VVS-Rider fährt **ohne** „Komfortzuschlag“, weil er nicht buchbar ist wenn es zeitnah ein anderes Angebot im ÖPNV gibt.

Der SSB Flex fährt **mit** „Komfortzuschlag“, weil das Angebot zusätzlich zum ÖPNV existiert.

Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt zu prüfen, ob eine Beteiligung am Pilotprojekt von Rutesheim/Renningen für 2024 und 2025 noch möglich ist. Hier wäre eine Erweiterung der virtuellen Haltepunkte für Gebersheim, Höfingen, das Haldengebiet und die Altstadt erstrebenswert.

Falls eine Beteiligung nicht möglich ist, wird beantragt ein eigenes OnDemand-Pilotprojekt zu starten.

Prof. Ronald Ziegler

¹ <https://www.zukunftsnetzwerk-oepnv.de/kontakt>, Zugriff am 08.11.2023 19:48

² <https://www.vvs.de/vvsrider> Zugriff am 08.11.2023 19:48

Antrag: Planung „Geesgarten“ an der Bruckenbachstraße wird in Abstimmung mit dem BV Eltingen und den Vorschlägen des Büros Gänsele+Hehr konkretisiert und weitergeführt.

Bereits seit Jahrzehnten ist die ansprechende Gestaltung des Schotterplatzes westlich der Sporthalle eine Forderung aus der Bürgerschaft; dieser zentrale Platz soll vielfältig nutzbar sein und die Nähe zur Glems aufwerten. Diese Gestaltung muss so erfolgen, dass die Hochwassergefahr eher vermindert als erhöht wird.

Elemente sind:

- Neugestaltung des Parkplatzes, Uferausweitung der Glems
- mit Sitzmöglichkeiten und Spielplatz zum Thema Auenwald
- die Altglascontainer sind an den (künftig nahen) Wertstoffhof zu verlegen

Deckungsvorschlag: Reduzierung der Kosten um 500.000,00 € für den „shared space“/Bosch-Campus (s. Antrag der Grünen) (evtl. Zuschüsse durch Biotop-Verbund-Konzept)

Gudrun Sach

Antrag: Reduzierung shared space in der Poststraße

Die Straßenraumgestaltung Bosch-Campus/ Shared space wird deutlich reduziert, da es keine Voraussetzungen für einen lebhaften Fußgängerverkehr über die Straße mehr gibt.

Begründung:

Die Straßenraumplanung für den Bosch-Campus, die einen Shared space vorsieht, muss grundlegend neu überdacht werden, da Bosch auf absehbare Zeit nicht westlich der Post-Straße bauen wird und damit auch kein nennenswerter Fußgängerverkehr über die Straße zu erwarten ist. Der bereits bestehende LKW-Verkehr dagegen wird weiter fahren. Deshalb ist es sinnvoll, lediglich einen beidseitigen Radfahrstreifen anzulegen, von den Fußgängern getrennt. Obwohl damit auch Fördermittel gestrichen werden könnten, ergibt sich für den Etat eine deutliche Einsparung.

Reduzierung vorhergesehener Mittel um 500.000,00 € allerdings auch Reduzierung von Zuschüssen

Gudrun Sach